

Auszüge der Rede von OB Dr. Norbert Vornehm vor dem Stadtrat

Gehalten zur aktuellen Stunde am 28. Mai 2009: Standortentwicklung des
Goethe Gymnasiums/Rutheneum seit 1608

Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren,
liebe Schülerinnen, liebe Schüler, lieber Falk Müller,

ich weiß, es ist Wahlkampf und Wahlkampfzeiten sind insofern ganz wichtige Zeiten in einer Demokratie, als dass besonders in diesen Zeiten Gelegenheit besteht, unterschiedliche Positionen zu verdeutlichen, darüber zu diskutieren und dann richtige Entscheidungen zu treffen.

Insofern habe ich nicht nur Verständnis für euer, für Ihr Engagement am Goethe-Gymnasium. Zumal - die meisten werden es wissen - meine beiden Kinder ja entweder auf dieser Schule waren beziehungsweise noch sind. Deshalb kenne ich diese Schule mehr als viele andere und ich weiß, dass die Forderung (*nach einem Schulcampus am Johannisplatz; Anm. d. R.*) nicht nur berechtigt ist, sondern in der Tat das Optimum einer Lösung darstellen würde.

Dabei sollten wir eines vermeiden: Legendenbildung.

Deshalb erlauben Sie mir, dass ich wenigstens die wichtigsten Argumente nenne, um eben dieser Legendenführung vorzubeugen, weshalb wir da stehen, wo wir tatsächlich stehen:

Erstens:

Dass es überhaupt eine Diskussion um einen so umfassenden Schulentwicklungsplan gibt, dass wir uns dafür entschieden haben, in den nächsten 5 Jahren das wenige Geld, was wir überhaupt haben, konzentriert - praktisch ausschließlich - in unsere Schulen zu stecken, hat so ein bisschen was damit zu tun, dass die Stadt Gera im Juni 2006 einen Oberbürgermeister gewählt hat, der genau dafür angetreten ist und der dieses Programm diesem Stadtrat vorgelegt hat. Die Prioritäten sind gesetzt zu Gunsten der Schülerinnen und Schüler, zu Gunsten der Bildung, weil ich davon überzeugt bin, das ist das Wichtigste, was wir unseren Kindern mitgeben müssen.

Zweitens:

Das Ziel des Schulentwicklungsplans bis 2020 war und ist, allen Schülerinnen und Schülern in dieser Stadt gute Lernbedingungen zu verschaffen. **Allen** heißt:

- 25 Schulen, die wir auf Dauer erhalten wollen, und von denen wir die meisten sanieren müssen;
- 5 Bedarfsstandorte, die wir zumindest solange erhalten, so lange die Schülerzahl es erfordert.

Das heißt, insgesamt 12.000 Schülerplätze langfristig zu sichern – unter guten Bedingungen – plus die 5 Bedarfsstandorte, da kommen noch mal 1.000 Schülerplätze hinzu. Das heißt, wir reden über 13.000 Schülerinnen und Schüler einschließlich der Berufsschüler. **Und wir reden über 22 Investitionsmaßnahmen und das heißt, wir reden über ein Paket von 22 Schulbauprojekten.**

Drittens:

Eine dieser Investitionsmaßnahmen war und ist – Herr Koob hat es zu Recht zitiert – die Zusammenlegung des Goethe-Gymnasiums. Ich will es noch mal zitieren, damit eben auch hier einer Legendenbildung vorgebeugt wird: **Im Beschluss des Stadtrates vom Juni 2007**

hieß es: „Das Goethe-Gymnasium Rutheneum seit 1608 Schulteil Nicolaiberg wird mit dem Schulteil Johannisplatz am Standort Burgstraße/Johannisplatz zusammengelegt.“

Dieser Zusammenlegung des Goethe-Gymnasiums, die ich dem Stadtrat so vorgelegt habe, stimmte der Stadtrat mit den Stimmen der Fraktion DIE LINKE., mit den Stimmen der AfG und mit den Stimmen der SPD und des Oberbürgermeisters zu. Gegen die Stimmen der CDU-Fraktion!

Viertens:

Wir haben dann - nicht allein bezogen auf das Goethe Gymnasium und auf die Zusammenlegung in der Burgstraße, sondern bezogen auf das gesamte Paket und damit auf 13.000 Schülerinnen und Schüler - eine umfangreiche Studie in Auftrag gegeben, die berechnen sollte, wie viel wir denn für diese 22 Maßnahmen am Ende investieren müssten. Das Ergebnis vom Dezember 2007 sagte aus, dass dieses Gesamtpaket rund 100 Millionen Euro gekostet hätte. Wir haben darauf hin Gespräche, an denen unter anderem in der Arbeitsgruppe auch Minister Trautvetter beteiligt war – auch mit vielen anderen in der Landesregierung - geführt, wie wir dieses Gesamtpaket umsetzen können. Das Ergebnis war - und auch dieses hat Herr Koob völlig zu Recht so richtig dargestellt -, dass das Land gesagt hat: Mehr als 2 Schulen von diesen 22 fördern wir nicht! Und das Land hat darüber hinaus gesagt, mehr als 40 Millionen Euro Darlehen werden wir euch nicht bewilligen.

Es war also keine Entscheidung des Stadtrates und schon gar nicht eine Entscheidung des Oberbürgermeisters, sondern es war eine Rahmensetzung für uns vom Landesverwaltungsamt, von der Landesregierung, an der wir - ob wir wollen oder nicht - nicht vorbei können. Dieses löste einen schmerzhaften Prozess aus, einen Prozess, der mir am allerwenigsten Spaß gemacht hat und schon gar nicht den Fachleuten in der Verwaltung, nämlich dieses 100 Millionen-Paket jetzt runter zu schrauben auf ein 40 Millionen-Paket plus 2 Schulen, die gefördert werden.

Fünftens:

Wir mussten eine Menge Abstriche machen. Im Beschluss der 22 Maßnahmen war vorgesehen, dass wir die Integrierte Gesamtschule in Lusan neu bauen. Das Schulhaus ist in einem ähnlich schlechten Zustand wie das Haus Nicolaiberg des Goethe-Gymnasiums. Diese Maßnahmen haben wir gestrichen.

Und wir haben die bis dahin teuerste Einzelmaßnahme streichen müssen, nämlich die Zusammenlegung des Goethe-Gymnasiums – so schmerzhaft es für alle Beteiligten war. Es war ein Streichen-Müssen, um unseren Anspruch aufrecht zu erhalten, allen Schülerinnen und Schülern in absehbarer Zeit gute Lernbedingungen zu bieten. Wir mussten von rund 100 Millionen Euro auf ein Gesamtpaket kommen von etwa 60 Millionen. Und 40 Millionen sparen sich nicht locker mit links ein.

Wir haben dann dieses Programm im Herbst vergangenen Jahres - auch dieses hat Herr Koob richtig gesagt – erneut dem Stadtrat vorgelegt. Alle 4 Fraktionen haben diesem „abgespeckten“ Programm so ihre Zustimmung erteilt. Nicht, weil wir alle euphorisch waren, sondern weil wir wussten - wenn wir unserem Anspruch gerecht werden wollen, allen Schülern gute Bedingungen zu bieten - dass wir dann abspecken müssen. Dass es dabei Vorlieben gibt, ist überhaupt keine Frage – selbstverständlich. Der Herr Koob, der in Aga wohnt, hat gekämpft bis zum Schluss und kämpft immer noch dafür, dass wir die Grundschule in Aga erhalten. Das verstehe ich.

Andere haben gesagt: Egal auch wenn es knapp 8 Millionen mehr kostet als die Sanierung Nicolaiberg, wir bleiben bei der Zusammenlegung des Goethe-Gymnasiums.

Andere haben gesagt, wieso wollen wir eigentlich nicht das Zabel-Gymnasium zusammenlegen. Auch das Zabel-Gymnasium ist in der Innenstadt auf 2 Gebäudeteile verteilt.

Nein, es ist uns allen schwer gefallen und es ist letztlich ein Kompromiss, den wir gefunden haben und dem haben wir alle zugestimmt. Alle.

Sechstens:

Dennoch hat sich plötzlich etwas aufgetan, was wir noch bei der Entscheidung im Herbst 2008 nicht ahnen konnten. Wir hatten die große Chance, ein Konjunkturpaket mit realisieren zu können. Die Gründe, warum es zum Konjunkturpaket kam, sind nicht unbedingt positiv: Es müssen zusätzliche Investitionen induziert werden, um Arbeitsplätze zu erhalten. Da ich selber die Ehre hatte, in Berlin ein bisschen am Konjunkturpaket mitzuwirken, haben wir Kommunen, insbesondere die sozialdemokratisch geführten Kommunen, uns dafür eingesetzt und damit auch durchgesetzt, dass diese Mittel in erster Linie zu 65 % der Bildung – dem Schulbau – zu Gute kommen. Für uns in Gera ein wirklicher Segen, weil uns in unserem Fall zusätzliche 10 Millionen Euro in die Lage versetzen, sehr viel zügiger das Konjunkturpaket oder mit Hilfe des Konjunkturpakets das Schulbauprogramm umsetzen zu können.

Wir haben im März diesen Vorschlag dem Stadtrat vorgelegt, wie wir Mittel aus dem Konjunkturpaket verwenden. Diesem Vorschlag hat der Stadtrat zugestimmt – es gab nur eine Gegenstimme. Das ist erst zwei Monate her.

Siebenter Punkt:

Die Diskussion kam auf, ob es denn möglich wäre, zusätzliche Mittel aus dem Konjunkturpaket für Gera zu erhalten. Ich halte es für dringend geboten. Viele von Ihnen wissen, dass ich mich massiv dafür eingesetzt habe, dass Gera mehr Konjunkturmittel erhält, weil ich der Überzeugung bin, dass der Verteilungsschlüssel nach Fläche unangemessen ist, dass die Landkreise sehr viel mehr Geld erhalten, als beispielsweise die Stadt Gera. Ich bin der Meinung, Gera stünden nicht nur 10 Millionen zu, sondern weitere mindestens 5 Millionen Euro. Und ich bin der Meinung, dass - wie in den meisten anderen Bundesländern - es der Thüringer Landesregierung gut angestanden hätte, wenn wir nicht zu einem Eigenanteil von 25 % verpflichtet worden wären.

Dennoch, ich habe natürlich nie nachgelassen, mich für zusätzliche Mittel einzusetzen.

Ich habe in der Tat, Herr Koob, wie Sie richtig erwähnt haben, dem Herrn Scherer, dem Innenminister, einen Brief geschrieben. Nicht etwa, weil der Herr Scherer zuständig ist für die Städtebaufördermittel, sondern weil er zuständig ist für die Verteilung der Konjunkturmittel. Nicht zuletzt, weil ein Mitglied Ihrer Fraktion im Bildungsausschuss vor wenigen Tagen dargestellt hat, dass der Staatssekretär Richwien gesagt hätte, dass Gera auch mehr Mittel aus dem Konjunkturpaket erhalten könnte.

Ich habe gestern die Antwort von Herrn Scherer erhalten. Im entscheidenden Absatz steht: *„Gera steht für den Förderbereich Bildungsinfrastruktur ein Investitionsrahmen inklusiv mit Leistungsanteil in Höhe von knapp 7,9 Mio. Euro zur Verfügung. Eine Aufstockung der für Gera zur Verfügung stehenden Mittel aus dem Konjunkturpaket II ist nicht möglich.“* So wörtlich der Minister. Und weiter heißt es in dem Schreiben *„Nach hiesigem Kenntnisstand hat sich auch Herr Staatssekretär Richwien in gleicher Weise zum Einsatz der Mittel aus dem Konjunkturpaket II geäußert.“* Der Innenminister Scherer sagt nicht mehr und nicht weniger. Auch Herr Richwien sagt, es gibt nicht mehr Geld für Gera.

Wir sind uns ja einig: Diese Antwort gefällt mir nicht, die gefällt Ihnen nicht. Ich denke, den meisten Stadtratsmitgliedern gefällt die Antwort nicht. Dennoch ist es die Antwort.

Achter Punkt:

Ich komme zum Thema Städtebaufördermittel. Herr Koob, Sie haben gesagt, es gäbe durchaus die Möglichkeit, dass wir mehr Fördermittel erhalten. Und Sie haben weiter gesagt, dass der Oberbürgermeister sich darum nicht kümmert und nichts unternimmt.

Sie müssen es nicht wissen, aber ich bitte Sie, wenn Sie es nicht wissen, dann sagen Sie es auch nicht öffentlich. Es ist schlicht falsch. Natürlich habe ich mich, natürlich auch schon bevor die Schülerinnen und Schüler die Unterschriften gesammelt haben, auch nach der Entscheidung des Stadtrates, an den Minister für Bau, Landesentwicklung und Medien, an Herrn Wucherpfennig, Nachfolger von Herrn Trautvetter, schriftlich gewandt. Zitat aus diesem Brief:

„In den letzten Wochen wurde von Vertretern der Landesregierung über die Medien Aussagen zur Förderung der Konzentrationsmaßnahmen Goethe-Gymnasium getätigt, die an der Schule und in der Geraer Bevölkerung mit großem Interesse aufgenommen und unterschiedlich bewertet werden. Am Goethe-Gymnasium gehen die Schüler aktuell davon aus, dass die Möglichkeit besteht, für die Gesamtmaßnahmen mit einem Kostenumfang von 13,7 Mio. Euro, 66 Fördermittel zu erhalten. Ich bitte Sie deshalb um eine Information, ob der Freistaat Thüringen zusätzlich zu denen in Aussicht gestellten Vorauszahlungsförderungen für zwei Schulen die Konzentrationsmaßnahme mit insgesamt ca. 9 Mio. Euro zusätzlich fördern wird.“

Natürlich habe ich mich schriftlich und bei jeder Gelegenheit nachdrücklich auch nach dem Beschluss dafür eingesetzt, dass wir zusätzliche Mittel erhalten – ich habe Herrn Wucherpfennig erst vor wenigen Tagen erneut gesehen und hatte auch Gelegenheit, mit der Finanzministerin Frau Dietzel zu reden. Aber: Bis heute haben wir keine Antwort auf den Brief.

Achtens:

Meine Damen und Herren,

nicht der Oberbürgermeister oder der Stadtrat sondern die Landesregierung scheint ganz woanders zu sein: nämlich beim Verkauf des Regierungsgebäudes. Es war im Staatsanzeiger vom 23. März von der Landesregierung zum Verkauf ausgeschrieben. Wochen bevor sich Herr Richwien dort im Gebäude hat ablichten lassen. Und dazu hat er nichts gesagt und meines Wissens hat die Presse darüber nicht berichtet. Das Datum, bis wann Angebote abgegeben werden können, ist bereits seit 10. April abgelaufen. Ich weiß nicht, ob Ihnen das auch gesagt worden ist. Und ich sage Ihnen noch darüber hinaus, dass ich weiß, dass es auch Interessenten für dieses Gebäude gibt. Ob die inzwischen gekauft haben, weiß ich nicht, weil uns darüber nicht berichtet wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Schülerinnen und Schüler,

ich bleibe dabei: Die Zusammenführung des Goethe-Gymnasiums an der Burgstraße wäre mehr als sinnvoll, nicht nur für das Goethe-Gymnasium, sondern auch aus städtebaulicher Sicht. Aber es ist mir noch wichtiger, dass wir an dem Ziel festhalten, allen Schülern in absehbarer Zeit gute Lernbedingungen zu bieten. Wenn wir von den seitens der Stadt geplanten 40 Millionen knapp 14 Millionen Euro allein in das Goethe-Gymnasium stecken, ist ganz klar, dass wir diesem Anspruch dann nicht mehr gerecht werden können. Und da sage ich Ihnen: Vor dieser Alternative bin ich für bessere Bedingungen für alle Schüler.

Vielen Dank.